Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 20.08.2026
Beginn:	18:00 Uhr
Ende	21:03 Uhr
Ort, Raum:	Stadthalle, Wittastraße 5, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Lothar Seitz	
Frau Michaela Birnbaum	Ab TOP 4
Herr Sahin Cenik	
Herr Volker Drewes	
Herr Dr. Thomas Handke	
Herr Werner Herbert	
Herr Timo Kirsch	
Frau Michaela Noll	
Frau Amy Petzel	
Herr René Petzold	
Herr Uwe Seitz	
Herr Karsten Vollmar	
Herr Thomas Gerlach	Bis 20:35 Uhr (TOP 16)
Herr Sebastian Liebau	
Frau Barbara Meyer	
Herr Dr. Frank Meyer	
Frau Marlene Moehle Assi	
Herr Jan-Ulrich Saal	
Herr Thomas Schaffert	
Herr Jonas Seitz	
Herr Frank Berg	
Herr Bernd Böhle	
Herr Bernd Bürger	
Herr Björn Diegel	
Herr Rolf Malachowski	
Frau Bianca Herrmann	
Herr Klaus-Dieter Stahr-Zimmermann	
Frau Christa von Baumbach	
Frau Andrea Zietz	
Herr Paul Zschiesche	
Herr Michael Barth	
Herr Till Maybaum	
Herr Christian Seelig	
Herr Noah Seitz	
Herr Hans Georg Vierheller	
Herr Johannes Vierheller	

vom Magistrat

Herr Gunter Grimm
Herr Thomas Daube
Herr Marc Eidam
Herr Günter Exner Bis 20:35 Uhr (TOP 16)
Frau Antje Fey-Spengler
Herr Kai Redanz
Herr Dirk Siebert
Frau Ayse Gül Tas-Dogan Bis 20:35 Uhr (TOP 16)

von der Verwaltung

Herr Daniel Auel
Herr Dirk Boländer
Herr Frank Effenberger
Herr Bernd Hämmelmann
Herr Christian Helfrich
Herr Jerome Sauer
Herr Johannes van Horrick
Herr Torsten Wiegand
Frau Silvana Wohlgemuth

Schriftführer/in

Herr Steffen Siering

Entschuldigt:

Mitglieder

Frau Silvia Schoenemann
Herr Marcus Wyrwich
Herr Jürgen Richter

Tagesordnung:

1. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

2. **Feststellung der Tagesordnung**

3. **Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2026**

4. **Fragestunde**

5. **Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**

6. **Verleihung von Ehrenbezeichnungen**

7. **Widerspruch der Bürgermeisterin gemäß § 63 HGO zum Antrag der SPD- und CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend „Umsetzung des Förderprojektes HEF-ZUG"**
0097/21

8. **Statusberichte Investitionsprojekte Stand Juli 2026**
0127/21

9. **2. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2026 gemäß § 28 GemHVO**
0134/21

10. **Beteiligungsbericht Kreisstadt Bad Hersfeld Geschäftsjahr 2024**
0101/21

11. **Förderung der Attraktivität und Nachhaltigkeit der Innenstädte: Zukunft Innenstadt**
0139/21

12. **Streckenwanderweg Knüll**
0133/21

13. **Beschluss zur Umsetzung des Antoniusplatzes**
0128/21

14. **Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 4.21 "Seilerweg Ost - Schulungszentrum"**
0123/21

15. **Kernforderungen Bahnprojekt Fulda-Gerstungen**
0111/21

16. **Anbau an ein Mehrfamilienhaus "Am Lax 13" mit Befreiung nach § 31 Abs. 3 BauGB**
0078/21/1

17. **Antrag der SPD- u. CDU Fraktion betreffend "Anbau an ein Mehrfamilienhaus "Am Lax 13" mit Befreiung nach § 31 Abs. 3 BauGB, Vorlage 0078/21/1"**

18. **Rückmeldung zum Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion auf Prüfung einer Förderung für den Glasfaserausbau in den Hersfelder Stadtteilen Allmershausen, Heenes, Kathus und Sorga aus der Gigabitförderung 2.0**
0122/21

19. **Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE GRÜNEN betreffend Erstellung eines Hitzeaktionsplans für die Stadt Bad Hersfeld**
0142/21

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Seitz eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und stellt die Beschlussfähigkeit, sowie den ordentlichen Zugang der Ladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Stadtverordneter Vollmar schlägt vor, nachfolgende Änderungsanträge auf die Tagesordnung zu nehmen und der Niederschrift als Anlage beizufügen.

- Der Änderungsantrag der SPD- u. CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend „Umsetzung des Förderprojektes HEF-ZUG, hier: Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag und Widerspruch der Bürgermeisterin zur Vorlage 0097/21“ wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 7 behandelt.

- Der Antrag der SPD- u. CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend „Anbau an ein Mehrfamilienhaus „Am Lax 13“ mit Befreiung nach § 31 Abs. 3 BauGB, Vorlage 0078/21/1“ soll als TOP 17 auf die Tagesordnung genommen werden. Dem wird einstimmig zugestimmt. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich dann jeweils um eine Ziffer.

- Der Ältestenrat schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 8, 10 bis 15 und 17 ohne Aussprache abzuhandeln. Zu den Tagesordnungspunkten 11, 12 und 17 wird Bürgermeisterin Hofmann einige Erläuterungen geben.

zu 3 Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.06.2026

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift ist somit festgestellt.

zu 4 Fragestunde

Stadtverordneter Barth stellt folgende Fragen zum Thema des Automatenrückbau der Sparkasse Hersfeld Rotenburg zum 01.10.2026.

- Seit wann ist der Bürgermeisterin der Automatenrückbau im Bereich der Stadt Bad Hersfeld, Johannesberg, Hohe Luft, Sorga und dem Rechberggelände bekannt.

- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bürgermeisterin ggü. dem Sparkassenverband unternommen, um der nachteiligen Entwicklung entgegenzuwirken.

- Wie steht die Bürgermeisterin zu den massiven Eingiffen zum Nachteil der Menschen in den betroffenen Stadtteilen u. Ortsbezirken.

Bürgermeisterin Hofmann führt aus, dass sie die Informationen über die geplanten Veränderungen im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Sparkasse erhalten hat und dieser ein nicht öffentliches Gremium ist. Die betroffenen Ortsbeiräte und Ortsvorsteher wurden informiert. Sie berichtet, dass die Entscheidung über die Veränderung eine Entscheidung des Vorstandes war und nicht im Verwaltungsrat getroffen wurde. Die Sparkasse schaut welche Auswirkungen dies für die Betroffenen hat und möchte diese abmildern. Im Falle von Sorga ist Bürgermeisterin Hofmann mit der Sparkasse weiterhin im Gespräch. Die Sparkasse steht zudem mit Bürgerinnen und Bürgern im Austausch.

Stadtverordneter Barth ebenfalls die Frage (aufgrund des Widerspruchs zum Projekt HEF-Zug und dem Schreiben der Kommunalaufsicht zum Haushaltsvollzug), wie die Bürgermeisterin zukünftig gedenkt, die Kommunikation zwischen der Verwaltung, dem Magistrat, den städtischen Gremien, sowie den Fraktionen, im Hinblick auf eine zeitnahe und transparente Unterrichtung zu optimieren.

Bürgermeisterin Hofmann erklärt, dass sie stets an einer transparenten und offenen Kommunikation interessiert ist. Gemäß § 63 HGO hat sie Widerspruch zu dem genannten Beschluss eingelegt, da das Gesetz ausdrücklich vorsieht, dass die Bürgermeisterin einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung widersprechen muss, wenn dieser geltendes Recht verletzt. Der Widerspruch ist innerhalb der gesetzlichen Frist, schriftlich und begründet ggü. dem Stadtverordnetenvorsteher eingelegt worden. Dies ist der vorgeschriebene Weg. Die Information der Fraktionen hat anschließend über den Stadtverordnetenvorsteher zu erfolgen.
Das Schreiben der Kommunalaufsicht wurde bewusst offensiv in der entsprechenden Vorlage berücksichtigt, da man mit konkreten Lösungen und Vorschlägen in die Gremien gehen möchte. Derzeit befindet man sich im 1. Gremienlauf nach Eingang des Schreibens. Sie führt aus, dass sie jeder Fraktion auch weiterhin Gespräche anbietet. Derzeit wird dies nur wenig wahrgenommen.

zu 5 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Seitz führt aus, dass die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe (in welcher alle Magistrate vertreten sind) über den Widerspruch zum Projekt HEF-ZUG entschieden hatte und daher alle Fraktionen informiert gewesen sein sollten. Er gibt an, dass der Widerspruch in den Sitzungsdienst weitergegeben werden soll, damit dieser auch veröffentlicht werden kann und in die Beratungen geht.

zu 6 Verleihung von Ehrenbezeichnungen

Stadtverordnetenvorsteher Seitz gibt an, dass den nachfolgenden Personen Ehrenbezeichnungen verliehen werden, da diese mindestens 20 Jahre ein oder mehrere Mandate ausgeübt haben.

- Armin Leckel Ehrenstadtverordneter
- Hans-Jürgen Schülbe Ehrenstadtverordneter
- Gisela Gross Ehrenortsvorsteherin
- Bernd-Paul Schmalbauch Ehrenortsvorsteher
- Brigitte Deiß Ehrenmitglied des Ortsbeirates
- Rosina Heirock Ehrenmitglied des Ortsbeirates
- Karl-Heinz Jordan Ehrenmitglied des Ortsbeirates
- Reiner Mähler Ehrenmitglied des Ortsbeirates
- Heinrich Mausehund Ehrenmitglied des Ortsbeirates
- Waltraud Nuffer Ehrenmitglied des Ortsbeirates
- Klaus-Dieter Völker Ehrenmitglied des Ortsbeirates

zu 7 Widerspruch der Bürgermeisterin gemäß § 63 HGO zum Antrag der SPD- und CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend „Umsetzung des Förderprojektes HEF-ZUG"
0097/21

Bürgermeisterin Hofmann führt aus, dass der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung geltendes Recht verletzt hatte. Die Stadtverordnetenversammlung kann die Wirtschaftsbetriebe Bad Hersfeld GmbH nicht durch Beschluss mit der Durchführung eines Projektes beauftragen. Zwischenzeitlich hat die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Bad Hersfeld GmbH beschlossen, das Projekt HEF-ZUG fortzuführen. Der Widerspruch gegen die Ziffern 4-7 wird daher zurückgenommen, wobei dieser gegen die Ziffern 1-3, sowie 8 bestehen bleibt. Sie macht den Vorschlag, eine Entscheidung über die Bereitstellung von Eigenmitteln auf einer belastbaren finanziellen Grundlage zu treffen und Ziffer 7, nach Vorliegen der Förderbedingungen der erforderlichen Eigenmittel erneut zu beraten.

Stadtverordneter Saal merkt an, dass man hätte wohlwollend agieren und von einem Widerspruch Abstand nehmen können.

Stadtverordneter Barth macht darauf aufmerksam, dass das Zeitfenster für die Umsetzung und Abschluss der Maßnahme (31.12.2026) knapp ist, da auch die Finanzierung noch offen ist. Außerdem gilt es zu prüfen, ob der Eigenanteil mit einem anderen Förderprogramm des Landes Hessen gefördert werden kann.

Stadtverordneter Böhle stellt in Frage, ob man den Eigenanteil aus dem Sondervermögen decken kann, da bisher noch im Landtag darüber diskutiert wird. Er führt aus, dass das Projekt zu groß sei für eine Stadt wie Bad Hersfeld und man dieses Geld lieber in die eigenen Straßen stecken sollte. Auch gab es unter Bürgermeister Fehling bereits Digitalisierungsprogramme (Rapid BOS), durch welches bereits Daten gesammelt wurden.

Stadtverordnete Zietz beanstandet, dass der Eigenanteil durch Bundesmittel des Infrastrukturprogramms finanziert wird und daher nicht für Reparaturen von Straßen verwendet wird. Sie gibt an, dass im Antrag die möglichen Folgekosten nicht benannt sind und fragt sich, woher die Mittel herkommen sollen. Auch macht sie darauf aufmerksam, wenn das Projekt nicht rechtzeitig fertig wird, die Förderung gefährdet sein kann.

Stadtverordneter Vollmar führt aus, dass das Projekt bereits über anderthalb Jahre im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe (in welcher fast alle Fraktionschefs vertreten sind) diskutiert wurde und man spätestens zur Sitzung des Ältestenrates am 24.06.2026 man seinen Standpunkt hätte äußern können. Er gibt auch an, dass das Projekt durch Artikel 19 des Länder-u. Kommunalinfrastrukturfinanzierungsgesetz förderfähig ist.

Stadtverordneter Berg führt aus, dass die Bürger instandgesetzte Straßen und Fußgängerwege möchten.

Bürgermeisterin Hofmann erklärt, dass sie als Bürgermeisterin verpflichtet ist, bei einem rechtswidrigen Beschluss einen Widerspruch einzulegen, da sie sonst bei finanziellem Schaden persönlich hafte. Des Weiteren sei keine Zeit verloren gegangen, da 10 Tage nach dem Widerspruch, die Gesellschafterversammlung darüber den Beschluss gefasst hat. Der Geschäftsführer der Wirtschaftsbetriebe habe sich ab dem 29. Juni für einen Zeitraum von 4 Wochen im Urlaub befunden.

Die Sitzung wird von 19:34 Uhr bis 19:41Uhr kurzzeitig unterbrochen.

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung möge den Änderungsantrag der SPD- u. CDU-Stadtverordnetenfraktionen zum Beschlussvorschlag und Widerspruch der Bürgermeisterin zur Vorlage 0097/21 beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Umsetzung des Förderprojektes HEF-ZUG. Der Magistrat wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Maßnahmen gegenüber der Wirtschaftsbetriebe GmbH im Rahmen seiner gesetzlichen und gesellschaftsrechtlichen Befugnisse zu veranlassen, so wie im ursprünglichen Antrag unter den Punkten 1-8 vorgesehen.

mehrheitlich beschlossen
Dafür (SPD, CDU)
Dagegen (FWG, GRÜNE, FDP)

zu 8 Statusberichte Investitionsprojekte Stand Juli 2026
0127/21

Beschluss:
Von den Statusberichten zu Organisationsprojekten Stand Juli 2026 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 9 2. Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2026 gemäß § 28 GemHVO
0134/21

Stadtverordneter Barth macht auf das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 06.07.2026 aufmerksam und hebt hervor, die Aufforderung zur rechtzeitigen Abgabe des ersten Berichts zum Haushaltsvollzug, sowie das sich die Finanzen der Stadt Bad Hersfeld signifikant verschlechtert haben (ein Minus von 6,2 Mio. €). Die Verwaltung sehe außerdem keine wesentliche Verbesserung. Auch eine allgemeine Haushaltssperre (von 10%) könne nicht wesentlich dazu beitragen. Es wird daher ein Defizit mit ins nächste Jahr genommen.

Stadtverordneter Vollmar zitiert aus dem Schreiben der Kommunalaufsicht vom 06.07.2026 und beanstandet die verspätete Vorlage des Schreibens gegenüber den Stadtverordneten. Er führt aus, dass eine Erhöhung der Grundsteuer in solch schlechten wirtschaftlichen Zeiten keine Lösung ist.

Bürgermeisterin Hofmann erklärt, dass man das Schreiben nicht verheimlichen wollte, daher wurde es explizit in der Vorlage erwähnt. In den vergangenen 10 Jahren gab es keine Aufforderung der Kommunalaufsicht, Risikoberichte vorzulegen. Dies wird man in Zukunft anders handhaben.

Stadtverordneter Böhle berichtet, dass man ein Liquiditätsproblem habe, da man einen Abbaupfad von über 8 Mio. € in den nächsten Jahren abbauen muss. Auch bei der Gewerbesteuer besteht das Risiko, das Abweichungen nach unten, wie oben möglich sind und man diesen Betrag konservativ ansetzen sollte. Er führt aus, dass man wie in der Vergangenheit bereits vorgetragen, Einnahmen von ca. einer halben Mio. Euro durch eine Grundsteuererhöhung (v. 30 Punkten) erwirtschaften hätte können und den Bürger im Durchschnitt nur gering belastet hätte (ca. 30 €). Auch Maßnahmen wie der Zuschuss durch den Abwasserbetrieb oder der Verkauf von Ökopunkten sind nicht immer möglich. Für die kommenden Haushaltsberatungen müssen konkrete Vorschläge gemacht werden.

Beschluss:
Der Bericht über die Haushaltsentwicklung zum 29.07.2026 wird zur Kenntnis genommen.

Die allgemeine Haushaltssperre in Höhe von 10 % der noch verfügbaren Haushaltsmittel wird beschlossen. Ausgenommen hiervon sind die Bereiche Festspiele, Zuschüsse und Personal.

zur Kenntnis genommen

zu 10 Beteiligungsbericht Kreisstadt Bad Hersfeld Geschäftsjahr 2024 0101/21

Beschluss:
Der Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2024 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 11 Förderung der Attraktivität und Nachhaltigkeit der Innenstädte: Zukunft Innenstadt 0139/21

Bürgermeisterin Hofmann berichtet, dass man mit einer Förderung die Innenstadt zukunftsfähiger machen möchte. Der Fokus wird dabei auf die Breitenstraße gelegt, aber berücksichtigt auch die Fußgängerzone bis zum Stiftsbezirk.
Im Mittelpunkt stehen folgende Projekte.

- Die Breitenstraße soll zu einem Generationsübergreifenden Aufenthaltsraum mit Spiel und Bewegungsangeboten, sowie einer kleinen Bühne umfunktioniert werden. Auch mehr Grün soll als Maßnahme zur Klimaanpassung sorgen. Es sind auch Wasserpatenschaften angedacht.

- Ein Bürgerprojekt, ähnlich zum Community-Projekt anlässlich des Jubiläums der Bad Hersfelder Festspiel. Mit Tanz-, Musik-, Theater-, Kunst- und weiteren Mitmach-Projekten, sowie Seniorenprojekte mit Kindern sollen Bürgerinnen und Bürger zusammenbringen.

Stadtverordneter Barth merkt an, dass die bereits umgesetzten Maßnahmen ergebnisoffen zu evaluieren, um daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Jedoch muss alles auch finanziell im Rahmen des Machbaren bleiben.

Beschluss:
Der in der Anlage beigefügte Förderantrag aus dem Landesprogramm „Zukunft Innenstadt“ wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

zu 12 Streckenwanderweg Knüll 0133/21

Bürgermeisterin Hofmann erklärt, dass mit dem Naturpark Knüll und weiteren touristischen Partner zunächst eine Fein- und Umsetzungsplanung eines neuen Fernwanderweges erarbeitet werden soll. Dieser soll die Kommunen Homberg (Efze) und Bad Hersfeld verbinden.

Stadtverordneter Dr. Handke führt anschließend aus, dass Wandertourismus zukünftig sehr gefragt sein wird. Er macht darauf aufmerksam, dass man sich um die Wegeführung, Wegebeschreibungen und Hinweisschilder vor Ort nochmal intensiv kümmern müsste.

Beschluss:
Die Teilnahme am Projekt „Fein- und Umsetzungsplanung für einen Streckenwanderweg Knüll als ‚Qualitätsweg Wanderbares Deutschland‘“ wird beschlossen.

einstimmig beschlossen

zu 13 Beschluss zur Umsetzung des Antoniusplatzes
0128/21

Beschluss:
Die Umsetzung des Antoniusplatzes erfolgt gemäß der beigefügten Planunterlage und Kostenschätzung.

einstimmig beschlossen

zu 14 Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan Nr. 4.21 "Seilerweg Ost - Schulungszentrum"
0123/21

Beschluss:
Dem städtebaulichen Vertrag wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt.

einstimmig beschlossen

zu 15 Kernforderungen Bahnprojekt Fulda-Gerstungen
0111/21

Beschluss:
Es wird beschlossen, dass die Kernforderungen in den Prozess der parlamentarischen Befassung des Bahnprojekts Fulda-Gerstungen eingebracht werden.

einstimmig beschlossen

zu 16 Anbau an ein Mehrfamilienhaus "Am Lax 13" mit Befreiung nach § 31 Abs. 3 BauGB
0078/21/1

Stadtverordneter Petzold gibt an, dass Wohnraum nicht um jeden Preis geschaffen werden sollte, da es sich nicht um sozialen Wohnraum handelt, welcher für ein kleines Gehalt zu tragen wäre, sowie die Abweichungen vom Bebauungsplan eine Veränderung des Siedlungscharakters mit sich bringen würde. Auch sei dafür nicht genügend Parkraum vorhanden. Von der Verwaltung wünsche sich man, dass Grundlagen im Bezug auf den Bauturbo festgelegt werden, sowie veraltete Bebauungspläne auf aktuellen Stand gebracht werden.

Stadtverordneter Barth führt aus, dass man beide Seiten verstehen kann. Er macht darauf aufmerksam, dass aufwendige, schwierige oder erfolglose Bauversuche künftige Investoren verschrecken kann.

Stadtverordneter Bürger gibt ebenfalls an, dass man die positiven wie negativen Aspekte gegenübergestellt hat und dies jeder für sich selbst entscheiden muss. Es sollte aber auch in Zukunft über jedes Projekt im Einzelnen entschieden werden.

Stadtverordneter Noah Seitz berichtet, dass entsprechende Befreiungen durch das Bauamt geprüft und genehmigt wurden und daher keine Baugrenzen ignoriert wurden. Auch gibt es in der Siedlung die unterschiedlichsten Gebäudeformen. Er führt weiter aus, dass dieser Neubau als Signal gesehen werden kann, dass Entwicklung und Investitionen möglich sind, ohne den Charakter der Siedlung zu verlieren. Man soll auf die Zukunft schauen, wie eine Siedlung in mehreren Jahren aussehen soll.

Stadtverordneter Dr. Meyer erklärt, dass es klare Regeln braucht und man gemeinsam festlegt, wie man bezahlbaren Wohnraum festlegen möchte.

Stadtverordnete Zietz merkt an, dass man dem Investor die Gelegenheit zur Vorstellung des Projektes im Bauausschuss hätte geben sollen und gibt an, dass man ähnliche Projekte in Zukunft im Bauausschuss vorstellt. Der Investor hatte sich auch die schriftliche Zustimmung der direkt betroffenen Nachbarn eingeholt. Auch die fehlenden Stellplätze wurden argumentiert, dass diese geschaffen werden sollen. Ein solches Projekt ist auch als Aufwertung für ein solches Gebiet zu betrachten.

Stadtverordneter Böhle merkt an, dass ein schnelleres vorankommen durch den Bauturbo grundsätzlich gut ist, jedoch auch den Anwohnern die Chance gegeben werden muss, ihre Einwände und Widersprüche geltend zu machen.

Stadtverordnete Möhle-Assi führt ebenfalls aus, dass man bei solchen Projekten die Anwohner besser involvieren muss

Beschluss:
Es wird beschlossen, die Zustimmung der erforderlichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 12.1 „Am Lax / Am roten Graben“ gemäß § 31 Abs. 3 BauGB für die Erweiterung des Mehrfamilienhauses Am Lax 13 zu erteilen.

mehrheitlich abgelehnt
Dafür (2 Stimmen FWG, 1 Stimme GRÜNE)
Dagegen (SPD, CDU, 2 Stimmen FWG)
Enthaltung (2 Stimmen FWG, 4 Stimmen GRÜNE)

zu 17 Antrag der SPD- u. CDU Fraktion betreffend "Anbau an ein Mehrfamilienhaus "Am Lax 13" mit Befreiung nach § 31 Abs. 3 BauGB, Vorlage 0078/21/1"

Stadtverordneter Vollmar begründet den Antrag. Dieser ist der Niederschrift als Anlage beifgefügt.

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung möge ergänzend zu dem vorliegenden Beschluss aus der Vorlage 0078/21/1 beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. die erforderlichen Schritte zur Anwendung des „Bauturbos“ vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung bis Ende des Jahres vorzulegen.

2. auf Basis des Flächennutzungsplanes zu prüfen, in welchen Bereichen bzw. Gebieten der Bauturbo in Bad Hersfeld zur Anwendung kommen soll.

einstimmig beschlossen

zu 18 Rückmeldung zum Antrag der FWG-Stadtverordnetenfraktion auf Prüfung einer Förderung für den Glasfaserausbau in den Hersfelder Stadtteilen Allmershausen, Heenes, Kathus und Sorga aus der Gigabitförderung 2.0
0122/21

Stadtverordneter Barth bedankt sich bei der tatsächlichen Umsetzung und führt aus, dass trotz Förderung die Stadt Bad Hersfeld einen Eigenanteil zu leisten hat. Er macht darauf aufmerksam, dass nach seiner Auffassung der fehlende Glasfaserausbau nicht aufgrund der fehlenden Interessensbeurkundungsquote erfolgt ist, da das Erreichen dieser nicht in Frage stand und die Fa. TNG dies auch so kommuniziert hatte.

Beschluss:
Von den Sachverhaltsdarstellungen wird Kenntnis genommen.

Nach Durchführung der Beratungsleistung wird über einen Infrastrukturförderantrag mit gesonderter Beschlussvorlage in den politischen Gremien beraten werden.

zur Kenntnis genommen

zu 19 Antrag der Stadtverordnetenfraktion DIE GRÜNEN betreffend Erstellung eines Hitzeaktionsplans für die Stadt Bad Hersfeld
0142/21

Stadtverordnete Zietz begründet den Antrag. Sie erklärt, dass man bestehende Maßnahmen bündeln und darüber informieren muss. Am hessischen Hitzeaktionsplan kann man sich ebenfalls orientieren.

Stadtverordneter Vollmar erläutert, dass der Antrag der SPD vom 08.02.2024 (STVV) zurückgenommen wurde, da nach Ausführung der Verwaltung bereits Vieles in der Umsetzung sei. Er fragt den Magistrat, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung seit der Antragsstellung eines Hitzeaktionsplanes der SPD-Fraktion vom 28.01.2024 zu dem Thema durchgeführt hat und was in Zukunft noch geplant ist. Er beantragt diesen Antrag der Grünen-Fraktion in die nachfolgenden Ausschüsse zu überweisen.

- Haupt-u. Finanzausschuss
- Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Klima
- Ausschuss für Sport, Soziales, Bildung und Kultur

Stadtverordneter Barth weist auf die Komplexität bei der Planung und nachfolgender Umsetzung hin, da die Stadt in vielen Handlungsfeldern nur mittelbaren Einfluss nehmen kann. Es wird darum gebeten, bei der Erarbeitung von kurz, mittel- und langfristigen Maßnahmen durch den Magistrat, anhand der beispielhaften Antragspunkte, zu jeder Position eine Kostenschätzung und gegebene Fördermöglichkeiten auszuweisen.

Stadtverordneter Saal berichtet, dass sich die Stadt bereits mit dem Thema Trinkwasserbrunnen beschäftigt. Er merkt an, dass solche Trinkbrunnen pro Standort zwischen 7.000 € und 20.000 € kosten. Auch entscheidend seien die Betriebskosten, welche jährlich zwischen 4.000 € und 6.000 € pro Brunnen betragen können. Er führt aus, dass man Fachkompetenzen hinzuziehen sollte, so soll der Klimamanager im Ausschuss vorgeschlagene Maßnahmen erörtern und berichten was in der Vergangenheit geschehen und in der Zukunft geplant ist.

Bürgermeisterin Hofmann berichtet, dass man bereits Energie- und Klimatage eingeführt hat und im Frühjahr 2027 wieder durchführt. Man hat außerdem die „Coole Karte“ entworfen, sowie die Stadtkirche als kühlen Ort dargestellt. Auch über eine städtische Einrichtung, als kühlen Ort, wird diskutiert. Auf Nachfrage wird Wasser ausgegeben, es wurden Infoveranstaltungen zum Thema Hitzeschutz durchgeführt. Im Fachbereich Generationen gibt man Senioren Hilfestellung zu dem Thema. Man nutzt das hessische Hitzewarnsystem und im kommunalen Gebäudemanagement betrachtet man z.B. Kitas und schaut nach energetischen und technischen Verbesserungen (Bsp. Verschattungs- und Entlüftungskonzepte). Sie schlägt vor über diese Themen in kommenden Ausschusssitzungen zu berichten.

Beschluss:
Der Magistrat der Kreisstadt Bad Hersfeld wird beauftragt, einen Hitzeaktionsplan mit kurz-, mittel und langfristige Maßnahmen zu erarbeiten. Dieser Aktionsplan soll konkrete und wirksame Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung und zur Mikroklimasteuerung der Stadt Bad Hersfeld enthalten und nach seiner Erstellung regelmäßig aktualisiert werden.
Ein erstes Grundgerüst des Hitzeaktionsplans soll vor der Haushaltsberatung für den Haushalt 2027 dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt und auch den beiden anderen Ausschüssen zur Beratung vorgelegt werden.

einstimmig beschlossen und in Ausschüsse überwiesen

gez. Lothar Seitz
Stadtverordnetenvorsteher

gez. Steffen Siering
Protokollführer